

Zwei Jahre R2G: Viel erreicht – noch mehr zu tun

Zwei Jahre Rot-Grün-Rot in Bremen – zwei Jahre, in denen die politischen Herausforderungen kaum größer hätten sein können: Krieg in Europa, Inflation, Klimakrise und ein zunehmend autoritäres gesellschaftliches Klima. Dennoch steht für die Bremer Jugendorganisationen der Regierungsparteien fest: **R2G war und ist die richtige Entscheidung für Bremen und Bremerhaven.**

„Trotz aller Krisen hat Rot-Grün-Rot bewiesen, dass ein solidarischer und gerechter Kurs möglich ist.“, erklärt Aaron Thatje von den Jusos Bremen. *„Aber klar ist auch: Die zweite Halbzeit muss mutiger und entschlossener werden! Wir fordern eine Wohnraumoffensive und deutlich mehr Anstrengungen bei der Unterstützung junger Menschen in Studium oder Ausbildung sowie bei der Gleichstellungspolitik. In den kommenden Jahren muss soziale Gerechtigkeit der Maßstab für jede einzelne Investition sein.“*

In der Innen- und Migrationspolitik fordern die Jugendverbände eine klare Korrektur. Die Linksjugend [solid] Bremen betont: *„Sicherheit entsteht nicht durch Überwachung, sondern durch soziale Gerechtigkeit und gleiche Rechte für alle Menschen“*, so Solveig Brandt von Linksjugend [solid] Bremen. *„Es braucht eine progressive Innenpolitik, die Schutzsuchende schützt und Grundrechte nicht zur Verhandlungsmasse macht. Dem bundesweiten Rechtsruck müssen wir uns hier im Land Bremen klar entgegenstellen.“*

Auch im Bereich der Klima- und Umweltpolitik sei noch Luft nach oben. *„Der Wille zur Veränderung ist da – aber er muss sich auch in konkreter Politik zeigen“*, fordert Daniel Breitenstein von der Grünen Jugend Bremen. *„Gerade beim Klima- und Umweltschutz darf die Koalition nicht die Füße hochlegen und vor allem die Verkehrswende müsse weiter vorangetrieben werden.“*

Wir brauchen sichere Radwege, dichten und ticketlosen ÖPNV und eine Stadt, die nicht nur das Auto in den Mittelpunkt stellt.”

Für die zweite Hälfte der Legislatur kündigen die Jugendverbände an, noch stärker Druck für soziale, ökologische und gerechte Politik zu machen. R2G muss sich nicht nur behaupten, sondern auch beweisen.